

Dresdner Volkszeitung

Verlag: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Arnold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Nordstadt und Dresden-Südstadt

Abonnementpreise: monatlich 4,00 M., durch die Post bezogen monatlich 4,20 M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 12,50 M., Einzelnummer 1,50 M., Sonntagsnummer 2,00 M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreise: die Originalzeile Nonpareilgröße 300,- M., anwärts 275,- M., die halbe Originalzeile 1200,- M., anwärts 1600,- M., Ausland 2400 u. 7500 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietzettel 40 Proz. Rabatt. Für Dreimonatsfrist 150 M.

Nr. 55

Dresden, Dienstag den 6. März 1923

34. Jahrg.

Die Wendung der englischen Politik

In jahrhundertlangem Kampf gegen die jeweils stärkste europäische Macht, hat England seine europäische Vormachtstellung gewonnen, hat es nacheinander Spanien, Holland und Frankreich niedergedrückt und im letzten Jahrhundert die russischen Weltmachtpläne durchkreuzt. Dabei es stets geschickt verstand, diese Kämpfe mit Hilfe anderer Staaten zu führen oder von anderen Staaten führen zu lassen. (Den einzigen Krieg, den England allein führte — nämlich gegen die Vereinigten Staaten — hat es verloren!) Seit dem letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts war England in einer einzigartigen Lage: ohne sich nach irgendeiner Seite zu binden, ohne zu den riesigen Rüstungen gezwungen zu sein wie die Festlandstaaten, bildete es das Bindeglied an der Wage zwischen den beiden europäischen Mächtegruppen, dem Dreieck und dem französisch-russischen Zweieck, und beherrschte so den Kontinent. Eine Lage, die es trefflich auszunutzen verstand, jederzeit bereit, unter der Parole „Erhaltung des europäischen Gleichgewichts“ derjenigen Macht oder Mächtegruppe entgegenzutreten, die dieses Gleichgewicht zu stören drohte.

Aber die Entwicklung von Handel und Verkehr machte nicht Halt vor den politischen, meist nach militärischen Gesichtspunkten gezogenen Landesgrenzen. Die Entwicklung der Warenverkehrsdränge zu einem Zusammenstoß immer größerer Weltwirtschaftsgebiete, führte zu einer Annäherung der europäischen Festlandstaaten. Die splendid isolation, die glänzende Isolierung Englands drohte aus einem Vorteil zu einer Gefahr für das Inselreich zu werden. Bereits während des japanisch-chinesischen Krieges 1894 fanden sich Deutschland, Frankreich und Rußland zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen Japan zusammen, das dadurch um die Früchte seines Sieges über China gebracht wurde. Ein gleiches Schicksal drohte England während des Burenkrieges, als Rußland, im Februar 1900, den Deutschen ein Bündnis anbot, um gemeinsam mit den andern Weltpolitischen Gegnern Englands dem britischen Vorhaben in Südafrika entgegenzutreten. Aber Deutschland lehnte ab.

Die englische Regierung erkannte frühzeitig die Gefahr. Schon im Sommer 1893 machte Chamberlain Deutschland den Antrag, unter Einzigung der Vereinigten Staaten ein pangermanisches Bündnis herzustellen. Zwei Jahre später erfolgte ein neues Bündnisangebot, und Anfang 1901 ein drittes, dieses Mal war Japan als Dritter im Bunde vorgesehen. Alle drei Bündnisangebote wurden von Deutschland zurückgewiesen. Die Möglichkeit, daß England auf der andern Seite, bei Frankreich, Anschluss finden könnte, wurde in Berlin glatt verläßt: War doch in Frankreich die Erinnerung an die Demütigung von Fachoda unvergessen, wo man 1898 vor den Engländern in unruhigster Weise zurückweichen mußte. Zudem war 1902 nach der Verständigung der deutschen und französischen Finanzleute auch eine diplomatische Annäherung zwischen den beiden Ländern erfolgt. Aber die englische Diplomatie machte das für unmöglich Gehaltene möglich. Im Frühjahr 1903 erichien Eduard VII. in Paris, und am Tage nach seiner Abreise trat die französische Finanzgruppe von dem Bagdadbahnkonsortium zurück, und das deutsch-französische Syndikat war achtprengt. Ein Jahr später war die Entente cordiale zwischen England und Frankreich geschlossen.

Diese Wendung der englischen Politik im 20. Jahrhundert von der splendid isolation zur Entente cordiale muß man sich vor Augen halten, wenn man die Politik der englischen Regierung nach dem Weltkrieg verstehen will. Wäre die englische Politik der Gegenwart noch dieselbe wie im neunzehnten oder in den vorhergehenden Jahrhunderten, in denen sie stets die führende Macht auf dem europäischen Kontinent bekämpfte, so hätte sie längst den Franzosen auf das entscheidende entgegengetreten müssen. Und diejenigen, die die Wendung der englischen Politik im 20. Jahrhundert nicht erkannt und daher mit dem englisch-französischen Gegensatz, oder gar mit einem Bruch der Entente gerechnet haben, sind immer und immer wieder auf das Schwere enttäuscht worden. Die englische Regierung — ganz gleich, ob sie Lloyd George oder Bonar Law heißt — hält an dem Bündnis mit Frankreich fest. Mag die Politik Poincarés den Engländern noch so unsympathisch, un bequem, ja gefährlich erscheinen, alle Erklärungen der englischen Regierung, mehr noch ihr Verhalten, ihr Entgegenkommen gegenüber den französischen Wünschen, z. B. im Ruhrgebiet, beweisen, wie sehr man sich in London hütet, mit Frankreich zu brechen.

Es wäre ein Irrtum zu glauben, diese Politik sei diktiert von der Angst vor dem militärischen Uebergewicht Frankreichs. Schließlich ist Frankreich selbst unter den gegenwärtigen Umständen nicht so stark, um es auf einen Kampf gegen England ankommen lassen zu können, und schließlich verfügt England nicht nur über militärische Waffen. Aber selbst von seinen wirtschaftlichen und finanziellen Druckmitteln hat es — so weit man das von hier aus beurteilen kann — wenig oder gar keinen Gebrauch gemacht, um Frankreich den englischen Bündnis geneigt zu machen. Gewiß erkennt man auch in London, daß sich die gegenwärtige französische Politik letzten Endes gegen England richtet. Aber vielleicht, oder gar wahrscheinlich, redmet man in London damit, daß sich die französische Kriegsmaschine über kurz oder lang festfahren muß. Daß die Politik Poincarés genau so über die Kraft des französischen 40 Millionen Volkes geht, wie die Weltmachtspolitik der Hohenzollern über die Kraft des deutschen Volkes gegangen ist.

Natürlich bedeutet diese Haltung Englands keinen Frei-

brief für die französische Politik, etwa wie ihn Wilhelm II. den Oesterreichern während des serbischen Konfliktes 1911 ausgestellt hatte. Sider hat auch das Festhalten an dem französischen Bündnis für England eine Grenze. Aber bisher hat sich weder die französische Orientpolitik, noch die Ruhrbeziehung als eine zu starke Belastung für die Entente erwiesen.

Auch Deutschland, das muß immer wieder ausgesprochen werden, hat kein Interesse, weder an einem Bruch zwischen England und Frankreich, noch an einem Krieg zwischen den beiden Ländern. Denn das eine hat uns der Weltkrieg mit keiner Wut- und Flammenschrift gezeigt: daß der moderne Krieg für die Völker — eine kleine Schicht von Offizieren und Kriegsgewinnlern ausgenommen — nur Not und Tod, Schmerz, Hunger und Elend bringt. Das gilt sowohl für die Sieger, wie für die Besiegten, für die Beteiligten, wie für die Unbeteiligten, die Neutralen.

Die englische Regierung sucht daher in dem Ausbau des Völkerbundes einen Weg zu finden, der England von den Fesseln des französischen Bündnisses erlösen könnte, ohne daß es zu einem Bruch mit Frankreich und zu einem neuen Kriege kommt. Ein Bestreben, das wir Sozialdemokraten nur unterstützen können. Wobei wir uns natürlich durch die Taten des bestehenden Völkerbundes nicht abreden lassen dürfen, einen wirklichen Völkerbund zu schaffen, d. h. einen Bund der Völker — nicht der Staaten, der Regierungen —, der die ihm gestellten Aufgaben lösen und künftige Kriege verhindern kann.

Erhöhung der Getreide- und Zuckerpreise

Vor einigen Tagen hatte der Zwanziger-Ausschuß den Preis des vierten und fünften Schieds des Umlagegetreides durch Weizensteigerung auf 600 000 M. für die Tonne Roggen festgesetzt, während die Weizensteigerung für eine Verdreifung des dritten Schieds auf 495 000 M. eintrat. Die Regierung hat nunmehr nur für das fünfte Schieds den Umlagepreis auf 600 000 M. festgelegt und für das vierte Schieds, das im allgemeinen im Laufe des Monats Januar zur Ablieferung kam und für das zum großen Teil Bezahlung bereits erfolgt ist, einen Preis von 500 000 M. bestimmt. Die Festsetzung des letzten Schieds der Umlage des Wirtschaftsjahres 1922/23 hat man sich noch vorbehalten.

Die Preisfestsetzung wird vom Reichsernährungsministerium folgendermaßen begründet: Nach rein kaufmännischen Gesichtspunkten würde die jetzige Erhöhung des Umlagepreises zusammen mit den Beschaffungskosten für das Auslandgetreide auch eine wesentliche Erhöhung des Getreideabgabepreises und des Weizensteigerungspreises der Reichsgetreidekasse erfordern. Mit Rücksicht auf die politische Lage und die Marktsituationen sind diese Erhöhungen nicht einzutreten zu lassen, um einer weiteren Verteuerung des Brotweizes damit vorzubeugen. Die der Reichsgetreidekasse dadurch entstehenden Verluste werden aus allgemeinen Mitteln der Finanzverwaltung getragen werden müssen.

Mushungenerung als Siegertaktik

Aus dem Ruhrrevier wird uns geschrieben: Die Direktoren der geplanten französisch-belgischen Eisenbahnverwaltung im Ruhrgebiet treffen gegenwärtig die ersten Vorbereitungen zur Uebernahme ihres Amtes. Inzwischen sind die Militärs eifrig dabei, den neuen Männern die künftige Arbeit zu erleichtern. Sie „beschlagnahmen“ alles rollende Material, das ihnen vor die Finger kommt, so daß jetzt schon infolge Mangel an Verkehrsmitteln ein geregelter Zugverkehr unmöglich ist. Lebensmittelzüge aus dem Innern des Reiches können gegenwärtig noch in das Ruhrgebiet gefahren werden, aber auch diese Zufuhr kann bald in Frage gestellt sein, da die Franzosen die Zufuhr leerer Güterzüge reiflos unterbinden. D. h., daß die jetzt noch auf dem Eisenbahnwege vor sich gehende Ernährung der Bevölkerung dem Reich täglich mehrere Tausenden und ungefähre 200 Güterwagen kostet — ein Zustand, der schon im Verlauf mehrerer Wochen unhaltbar wird. Durch die Beschlagnahme der Verkehrsmittel ist natürlich auch jede andere Zufuhr lahmgelegt, da sich das Reich überlegen muß, zum Vergnügen der Franzosen fortgesetzt Wagen in das Ruhrgebiet laufen zu lassen, die wir jedenfalls vorläufig nicht wiedersehen werden.

Diese „Maßnahmen“ der Franzosen und Belgier zeigen immer deutlicher, welches Ziel mit der sogenannten Uebernahme der Eisenbahnen“ erstrebt wird. Es kommt ihnen gar nicht darauf an, einen regelrechten Betrieb zustande zu bringen, als vielmehr, jede Ein- und Ausfuhr, jeden Güter- und Personenverkehr, soweit er nicht durch sie direkt oder durch ihre Verfehle bewerkstelligt wird, lahmzulegen. Würde die Uebernahme der Eisenbahnen“ mit der ernsthaften Absicht verbunden sein, einen ordnungsgemäßen Verkehr zustande zu bringen, dann wäre es sinnlos, alles rollende deutsche Material auf die militarisierten Strecken zu verschleppen und die bisher nicht unter Militärregiment stehenden Armeen dadurch reiflos brach zu legen. Es wird nicht lange dauern, dann werden, selbst wenn das Reich die Opfer nicht scheut, die ihm durch weitere Lebensmitteltransporte infolge Beschlagnahme der hierzu notwendigen Wagen entstehen, auch

Gleichzeitig mit der Festsetzung der Getreidepreise hat die Reichsregierung auch den Zuckerpriß für den Monat März festgesetzt. Die letzte der Weizensteigerung des Weizensteigerungspreises der Reichsgetreidekasse auf 60 000 M. für den Zuckerpriß. Die Reichsregierung hat jedoch nur einen Preis von 51 000 M. angeordnet, indem sie einen Ausgleichschlag auf den früheren Zuckerpriß in Höhe von 9 000 M. absetzte. Gleichzeitig hat sie sich aber grundsätzlich auf den Standpunkt der freien Weizensteigerung für das nächste Zuckererntejahr gestellt, wodurch sie einen Rückgang des Zuckerprißes, der angeblich droht, vermeiden will.

Die bedenklichen Folgen der freien Weizensteigerung für die Verbraucher will man dadurch herabmindern, daß eine angemessene Menge Rindguter für das Ende des Wirtschaftsjahres bereitgestellt wird, indem man die industrielle Zuckerverarbeitung entsprechend beschränkt. Mit Rücksicht auf die Verbraucher soll die freie Zuckerverwirtschaftung keine Freiheit der Zuckerausfuhr bedeuten. Dadurch soll verhindert werden, daß der deutsche Inlandzucker den an sich sehr hohen Weltmarktpriß erreicht. Da das gelingen wird, bleibt nach den unerfreulichen Erfahrungen, die das Verbraucher mit der freien Zuckerverwirtschaftung im Wirtschaftsjahr 1921/22 machen mußten, dahingestellt. Vielmehr wird die Entscheidung wieder dahin führen, daß Zucker zwar in genügender Menge für den Inlandverbrauch vorhanden ist, daß aber der Preis für dieses in heutiger Zeit doppelt wertvolle Nahrungsmittel sich in einer Höhe bewegt, die es weiten Schichten des Volkes unmöglich macht, den Zucker abzunehmen.

Die Agrarier können jedenfalls mit der Regierung Gumb zufrieden sein.

Die Reichstagskundgebung

Berlin, 6. März. (Fig. Draht.) Die für heute angekündigte Rede des Reichskanzlers wird kaum dem entsprechen, was man im Ausland und Inland auf Grund der Art ihrer Ankündigung hätte erwarten dürfen. Der Reichskanzler plant in der Hauptsache lediglich eine entschiedene Protesterklärung gegen die weitere Vergewaltigung deutschen Gebietes, er will ferner vor den Augen der Welt ein Bild über die Schandtatzen entwickeln, die sich das deutsche Volk bisher im Frieden hat bieten lassen müssen und beabsichtigt u. a. auch, von der Tribüne des Reichstages aus der Ruhrbevölkerung den Dank und die Anerkennung wegen ihres Verhaltens auszusprechen. Dem Prozeß des Vanglers werden sich voraussichtlich alle Parteien mit Ausnahme der Kommunisten anschließen. Der Regierungserklärung soll eine Debatte folgen.

Aus London wird gemeldet, daß englische Regierungskreise erkennen, man würde es sehr begrüßen, wenn die deutsche Regierung mittels, wieviel sie zahlen wolle. Man hoffe, daß die Rede des Vanglers in dieser Hinsicht bestimmte Vorschläge enthalten werde. Außerdem wünsche man von englischer Seite eine Erklärung der deutschen Industrie, daß sie die von der Regierung vorgeschlagene Reparationssumme gutheißt. — Pariser Blätter glauben, Reichskanzler Cuno werde den Abbruch der diplomatischen Beziehungen verkünden.

Das Berliner Tageblatt erzählt, daß die Reichsregierung ihren Verhandlungsvorschlag vom Dezember, den sie in Paris überreichten wollte, jetzt nicht belanzengebe werde, da sie sich wenig Wirkung davon verspreche.

die jetzt noch zur Lebensmittelförderung benutzten Linien für den deutschen Bedarf ausgeschaltet, und jede deutsche Lebensmittelzufuhr wird unmöglich gemacht. Von der Vahung des Personenverkehrs verpricht man sich Steigerung der Arbeitslosigkeit, da viele Arbeiter, Angestellte und Beamte nicht im Wohnort arbeiten und infolge Stilllegung der Eisenbahn nicht zur Arbeitsstelle gelangen können. Von der Unterbindung jedes Güterverkehrs erwartet Degoutte erhöhte Steigerung dieser Arbeitslosigkeit, die gleichzeitig mit einem Druck auf den Magen durch Erhöhung der Lebensmittelzufuhr auf das Gemüt der Bevölkerung wirken soll. So soll schließlich die allgemeine Untermerkung der Ruhrbevölkerung unter französischer Oberbefehl erzwungen werden.

Wir sind überzeugt davon, daß das im allgemeinen nicht so einfach ist, wie man es sich in Paris und Brüssel vorstellt, leider aber hat die Zermürbungstaktik Frankreichs auf einzelne schwache Subjekte schon Einfluß ausgeübt. Es gibt Leute im Westen Deutschlands — bisher nur wenige — die für Geld und gute Worte sich selbst und die in der Woche stehende Arbeiterschaft verraten haben, so daß der Reichspräsident genötigt war, eine Verordnung zu erlassen, die derartigen Landesverrat mit Zuchthaus nicht unter 10 Jahren oder lebenslänglichem Zuchthaus bestraft. Wer einer operbereiten Arbeiterschaft in den Rücken fällt, nur um sich dadurch finanziell zu bereichern, trotzdem das Reich für Arbeitslose und Erwerbslose sowie diejenigen, die durch die Besetzung direkt oder indirekt Schäden erlitten haben, aufkommt, hat weder Anspruch auf milde Beurteilung noch Behandlung. Es ist heute zum Lebensinteresse des deutschen Volkes geworden, daß die Abwehraktion gegen die französischen Erdrosselungspläne Erfolg hat.

Unaufhörliche Ausdehnung der Besetzung

Elberfeld, 6. März. Wie die Blätter melden, sind die Franzosen gefahren bis nach Grunenberg und dann nach Remscheid marschiert. Von Remscheid aus ging die Spitze der

Truppen nachmittags weiter nach Wipperfurth. Der Kommandant hat bisher eine Ausdehnung von etwa 25 bis 30 Kilometern.

Eberfeld, 6. März. Aus dem Raume südlich Eberfeld werden kleine Truppenbewegungen, in der Hauptsache Kavallerie, von Langenberg, Wehrmühl nach Kopp, Grätzsch und Wehrmühl und darüber hinaus in Richtung Wipperfurth gemeldet. Dagegen sind im Landkreis Weissenkirchen Truppenverschiebungen vorgenommen worden.

Gewalt und Blut

Paris, 5. März. Wie die Agentur Havas meldet, bezeichnet General Doyenne die Durchführung eines Planes zur Ersaffung der deutschen Rohstoffe als die Durchführung eines großen Truppenzuges in Aussicht genommen.

Offen, 5. März. (Fig. Trans.) Der von einem französischen Posten in der Nähe des neu erbauten Panzerverkehrsgebäudes erschossene ist nunmehr als der Bahnhofsleiter festgestellt worden. Er wurde in der Nähe der Heide Königin Elisabeth auf dem Bahngelände erschossen. Einzelheiten der Tat konnten bisher nicht ermittelt werden.

Hörde, 5. März. (M. T. P.) Kurz nach 11 Uhr abends wurde in der Hermannstraße der Ingenieur Oswald Dicks in Begleitung seines Freundes ohne jede Veranlassung von einem französischen Soldaten (anscheinend einem Unteroffizier) durch einen Revolverstoß schwer verletzt. Er wurde ins Krankenhaus gebracht, wo er seinen schweren Verletzungen erliegen ist. Der Franzose entkam gleich nach der Mordtat. In Wehrholz ist wieder ein Bergmann von einem französischen Posten ohne jeden Grund erschossen worden.

Bochum, 6. März. Wie die bürgerliche Presse meldet, verhängen die Franzosen wieder jeden Geschäftverkehr. In der Nacht zum Sonntag wurde nach einer Meldung des Berliner Tageblatt zum Sonntag wurde nach einer Meldung des Berliner Tageblattes die Eisenbahnverkehr in Bochum durch einen französischen Soldaten (anscheinend einen Unteroffizier) durch einen Revolverstoß schwer verletzt. Er wurde ins Krankenhaus gebracht, wo er seinen schweren Verletzungen erliegen ist. Der Franzose entkam gleich nach der Mordtat. In Wehrholz ist wieder ein Bergmann von einem französischen Posten ohne jeden Grund erschossen worden.

Duisburg, 6. März. Hier wurde ein Transport von einer Milliarde Mark, der für die Reichsbankfiliale bestimmt war, von den Franzosen gewaltsam weggenommen. Die Reichsbankfiliale ist bis zum 10. März verboten worden. Auch die Öffener Volksgemeinschaft wurde erneut verboten.

Leipzig, 6. März. (M. T. P.) Durch den französischen Besatz, Dienst- und Amtswohnungen in bahnhöhen Gebäuden zu räumen, werden die Inhaber von rund 13 000 Wohnungen betroffen. Für die Unterbringung aller Ausgewiesenen, die aus ihren Wohnungen bezogen werden, ist Vorkehrung getroffen.

Eindringerei in Rom

Rom, 1. März. Die Villa des deutschen Botschafters wurde von Eindringern heimgesucht. Das Personal schloß auf die Eindringlinge und verwehrte ihnen den Zutritt. Die Polizei nahm die Eindringlinge fest. Negationssekretär Altenburg wurde durch einen Revolverstoß schwer verletzt.

Rom, 5. März. Seit mehreren Monaten wurden häufig unbekannte Personen in der Nähe der Botschaft beobachtet. Die Botschaft wurde durch die Botschaft in Sicherheit gebracht. Am Sonntag bemerkte das Personal eine Anzahl Männer vor der Botschaft. Drei davon öffneten eine kleine Tür und schlichen zum zweiten Stockwerk, wo sie einen eisernen Schrank erbrachen und (leere) Aktenmappen an sich nahmen. Der Urheber des Einbruchs erklärte, er habe beabsichtigt, sich in den Besitz geheimer Dokumente zu setzen.

Rom, 5. März. An dem Einbruch in die deutsche Botschaft sollen gegen 50 Personen beteiligt gewesen sein. Bei dem Verbrechen der beiden Hauptakteure brach der eine vollkommene Zusammenbruch. Er behauptete, italienischer Offizier gewesen zu sein und erklärte, dass der Einbruch tatsächlich politische Dokumente gestohlen habe. Das Geld für den Einbruch sei aus Sizilien gekommen. Auftragsgeber sei ein Mann, der italienisch mit deutlich französischem Akzent gesprochen habe. Mussolini hat dem deutschen Botschafter und dem verurteilten Sekretär das Schicksal der Regierung ausgesprochen.

Berlin, 6. März. Amtliche Stellen beschäftigen, daß es sich bei dem Einbruch tatsächlich um einen versuchten Raub diplomatischer Dokumente gehandelt habe. Es war auf dem Geheimdienst für Telegramme abgesehen. Gelder, die in dem erbrochenen Schrank lagen, wurden unberührt gelassen. Die französische Agentur Havas verbreitete die Meldung, die deutschen Angaben seien zu günstig, die Beziehungen zwischen den Franzosen und italienischen Reichsangehörigen zu trüben. Das sei falsch. Die deutschen Kreise erklären, daß sie mit keinem Wort die Franzosen verdächtigt haben. Der grundlose französische Meinungsversuch ist fesselnd.

Leben • Wissen • Kunst

Die Eroberung der Presse

Der bekannte parisische Schriftsteller Normann Angell legt in seinem Buche „The Press and the Organisation of Society“ (Labour Publishing Company Ltd., London 1922, 36 S.) die ganze Unschicklichkeit der kapitalistischen Zeitungswirtschaft auf. Die Rolle der Presse erschließt sich keineswegs darin, das Instrument „gewisser intelligenter Kreise“ zu sein. Die Gefahr ist größer. Der Kampf um die größte Auflage überzieht eine Zeitung die ganze an Entstellungen und verdächtigsten Sensationen. So beschaffen ist die Quelle unserer Informationen, somit unsere meisten Urteile. Der Verfasser macht das Schreiben der Menschheit geradezu von einer Knechtung der bestehenden Presse abhängig. Dabei bespricht er die Mittel, die unter den gegebenen Umständen eine Besserung doch erhoffen lassen, und führt über die den Arbeitern zukommende Rolle unter anderem aus:

Es handelt sich (hier) nicht, eine blutige Revolution gegen die verarmten Kräfte des Kapitals auszuführen. Keine Revolution ist erforderlich. Keine „gemieteten Revolutionsführer“ brauchen überflüssig, keine Armeen besetzt zu werden; keinen Klodaten hat getötet werden, keine Barrikaden errichtet, keine Diktatur des Proletariats proklamiert werden, während die Veränderung die geistige Diktatur der Arbeiter bedeuten würde. Ohne Blutvergießen und Leiden läßt sich hier die gewaltigste Festung des Kapitalismus, die größte Machtquelle der alten Ordnung erobern; die Mittel, welche sie die Gedanken kontrolliert und infolge dessen die Handlungen und die Politik der Nation. Niemand braucht für diesen unermeßlichen Arbeitersieg auf den Barrikaden zu sterben; man laufe des Morgens eine Zeitung an Stelle einer anderen. Diese kleine tägliche Handlung würde den Kapitalismus der Gnade des Arbeiters ausliefern. Keine Macht könnte gegen den Entschluß der Arbeiter, keine kapitalistischen Zeitungen mehr zu lesen, aufkommen. Kein militärischer Druck wäre wirkungsvoll. Seit einer oder zwei Generationen werden die Arbeiter aufgefordert, sich zu erheben und ihre Ketten abzuschleudern, legt man ihnen, für die Revolution zu sterben bereit zu sein. Sicherlich würden Millionen ihr Leben hergeben; würden sie aber auf die Sportseite ihres vertikalisierten Reiches verzichten, um es gegen ein zunächst weniger unterhaltendes Watt ihrer Organisation oder Genossenschaft einzutauschen?

Hier kann die Fähigkeit der Arbeiter, sich selbst zu befreien, auf die Probe gestellt werden. Eine gewisse Schule lehrt uns unausgesetzt, daß der Kapitalismus

Kann Rußland uns retten?

Von Karl Rautsky

In der verzweifeltsten Lage, in der sich Deutschland augenblicklich befindet, wächst die Zahl der Deutschen, die sich nach einem Messias Ausschauen, der sie retten kann. Daß das entworfene Deutschland mit eigener Waffengewalt die französische Armee zu schlagen vermöge, glaubt wohl nicht einmal Ludendorff. Aber steht nicht nahe unsern Grenzen die rote Armee Sowjetrußlands? Verfügt Rußland nicht über unendlich viel Menschen und Waffen? Wie 1813 soll auch diesmal von Rußland „der Retter kommen diesem Lande“.

Kein Zweifel, Rußland verfügt über zahllose Menschen. Aber an denen fehlt es Deutschland auch nicht. Doch mit den Waffen hapert es bereits, wenn man dazu nicht nur Gewehre zählt, sondern alle Apparate moderner Kriegführung. Und mit dem Eisenbahnenwesen steht es dort erst recht schlecht. Gerade der letzte Weltkrieg hat gezeigt, wie unentbehrlich im Kampfe gegen einen industriellen Großstaat eine hochentwickelte, kraftvolle Industrie, eine gesunde Landwirtschaft, ein dichtes und leistungsfähiges Eisenbahnenetz ist. In Rußland war es schon vor zehn Jahren schlecht damit bestellt. Der Krieg und dann erst recht der Bolschewismus haben es völlig ruiniert. Der neuen ökonomischen Politik, der Nep, ist es bisher nicht gelungen, darin Wandel zu schaffen, trotz aller Reklamen, die für sie gemacht werden. Das bezeugen die Referate auf dem achtenten Sowjetkongress, der vom 22. bis 27. Dezember in Moskau abgehalten wurde, und die sehr eindringlich das ergäßen und unterstreichen, was Genosse L. D. an in seinen jüngst erschienenen Schriften darüber sagt („Der Arbeiter in Sowjetrußland“, „Gewerkschaften und Politik in Sowjetrußland“, „Die Rusch“).

Die Hungersnot ist keineswegs überwunden. Sie droht chronisch zu werden. Die bebauten Bodenfläche verkürzt sich immer mehr. Sie betrug in Desjätinen (etwas über ein Hektar):

Table with 2 columns: Year (1918-1922) and Hectares (87 432 000 to 49 180 500)

Dieser Rückgang, der ununterbrochen bis ins letzte Jahr fortschreitet, läßt sich nicht so schnell wieder in sein Gegenteil verwandeln, denn auch das Vieh nimmt ab. Man zählte:

Table with 2 columns: Year (1916-1922) and Cattle/Sheep counts (50 906 000 to 32 808 500)

Ohne Pferde und Rinder keine Feldbestellung, kein Dünger. Die Metallindustrie, die für einen Krieg wichtigste, hat sich von ihrem völligen Zusammenbruch noch nicht erholt. Die Hochöfen produzieren nur noch 4 Prozent der Vorkriegsproduktion. Einigen Aufschwung genommen hat die Textilindustrie. Die Produktion von Baumwollgarn z. B. stieg im letzten Jahr von 1 073 000 auf 2 972 000 Pud, die von Wolllgarn von 466 000 auf 632 000 Pud. Doch bemerkt die „Ekononimischaja Schiza“ vom 24. Dezember 1922, daß die Baumwollvorräte nur noch bis zum März reichen und die Vorräte ihrem Ende entgegengehen.

Die Staatsfinanzen scheinen sich etwas gebessert zu haben. Aber mit welchen Mitteln wurde diese Verbesserung erzielt?

Mit Hilfe der verfluchten Gewerkschaften hat man die Lohnstarke aufs äußerste herabgedrückt. Der Arbeitslohn steht in Rußland tief unter dem Existenzminimum.

Ueber eine andre, nicht minder erbärmliche Methode, das staatliche Defizit zu mindern, berichtet Lunatscharski dem Sowjetkongress. Sie bestand darin, daß man die Schulen „abbaute“. Eine der wenigen Leistungen der Sowjetherrschaft bestand in der Verbesserung des Schulwesens. Im Jahre 1921 war man so weit gekommen, daß Rußland über 82 397 Volksschulen mit 6 860 000 Schülern verfügte. Im Oktober 1922 waren es nur noch 55 000 mit 4 750 000 Schülern. Die Zahl der Schulen ist geringer, als sie 1914 war! Nur noch 38 Prozent der schulpflichtigen Kinder können eine Schule besuchen.

Und welcher Unterricht können sie da erhalten, ohne Lehrmittel und unter verhungerten Lehrern? Der Lohn

der Lehrer, die man nicht entließ, wurde noch weit mehr reduziert, als der der Arbeiter. Er macht nur noch 12 Prozent des Existenzminimums aus. Das heißt, der Lehrer muß außer der Schule einem andern Erwerb nachgehen, wenn es am Leben bleiben will.

Eine Staatsleitung, die ihren Finanzen durch derartige Methoden aufzuhelfen sucht, bezeugt, daß sie keine Ahnung davon hat, worauf die Kraft des modernen Staates beruht. Die Bolschewisten wollen in Rußland zu einer neuen ökonomischen Politik übergehen, aber sie verstehen den Kapitalismus ebensowenig, wie den marxistischen Sozialismus, und gerade, weil sie den ersteren nicht verstehen, haben sie auch den letzteren nicht verstanden. Wenn ihre Unfähigkeit, sozialistische Produktion auszubauen, die Unmöglichkeit des Sozialismus dortum würde, dann müßte ihre jetzige Unfähigkeit, eine kapitalistische Produktion zu entfalten, die Unmöglichkeit des Kapitalismus beweisen.

Jeztliche Großindustrie, ob kapitalistisch oder sozialistisch, bedarf einer intelligenten, selbständigen, kraftvollen Arbeiterschaft. Die kapitalistische Industrie bedarf außerdem noch des Vertrauens, des Vertrauens zum Staat, in dem sie tätig ist, des Vertrauens zu den einzelnen ihrer Unternehmensmänner.

Die Bolschewisten haben beides gründlich zerstört und fahren fort, es zu zerstören, wie die mit aller Kraft betriebene Herabdrückung der Arbeitslöhne und Auflösung des Schulwesens bezeugt.

Zu all diesen inneren Unmöglichkeiten kommt die Tatsache, daß es keinen unüberflüssigen Bundesgenossen geben kann, als die russische Sowjetrepublik. Wollten wir an ihre Hilfe appellieren, sie würde kein Leben im Leben tragen, uns in die tiefsten Abenteurer hineinschleppen, um uns im entscheidenden Moment zu verraten und im Stich zu lassen.

Aber selbst wenn sie entschlossen wäre, um Deutschlands willen den Krieg an Frankreich und seine Alliierten im Osten zu erklären und durchzuführen bis zu erfolgreicher Abwehr Frankreichs, so könnte sie uns nicht helfen. Denn dies Land mit seiner zerrütteten Industrie und seinem ganz mangelhaften Verkehrssystem ist ganz unfähig zu einer erfolgreichen Offensive gegen einen so stark gerüsteten Gegner wie Frankreich und seine Alliierten. Es vermochte 1920 nicht einmal mit Polen allein fertig zu werden, und es sollte jetzt die Kraft haben, Polen, Rumänien, die Tschechoslowakei und die ihnen rasch zufließenden Franzosen zu schlagen, etwa mit Hilfe der erwachenden Ungarn und der Silbergardien?

Die Idee, das Triumvirat Trozki, Horth und Ludendorff bei derufen, Deutschland zu befreien, ist ein todesvoller Traum — und kein schöner. Er würde mit einem fürchterlichen Erwachen Deutschlands enden.

Ist aber die Alternative dieses Traumes nicht die Notwendigkeit, zu kapitulieren?

Nein, so schlimm steht es doch nicht. Es ist gewiß, der heroische Widerstand der Arbeiter an der Ruhr, der das wirksamste Mittel der Abwehr bleibt, kann nicht ewig dauern. Etwas, ob Breitscheid in London diesem Gedanken Ausdruck gegeben hat oder nicht, er ist richtig. Er spricht nur das aus, was jeder Offizier weiß, daß keine belagerte Festung unbegrenzt aushalten kann, daß sie schließlich kapitulieren muß oder im Sturm genommen wird, wenn nicht eine Armee von außen sie entsetzt. Damit ist nicht die Aufforderung an das Ruhrrevier ausgesprochen, zu kapitulieren, sondern nur die dringende Aufforderung an das übrige Deutschland, Kräfte zu schaffen, die imstande sind, es zu entsetzen.

Sie sind im Ausland zu schaffen, in Amerika, England, Italien, in Frankreich und Belgien selbst. Wir bedürfen dringend ihrer politischen Hilfe. Aber wie werden sie nicht bekommen, wenn wir nicht selbst uns rühren. Wir bekommen sie nur durch energische Propaganda, aber nicht Propaganda bloßer Worte, sondern durch Propaganda der Tat. Nicht der Gewalttat, die wirkt propagandistisch bloß gegen uns.

Vor allem ziviler Kämpfer im Inland bedürfen wir zur Verstärkung der Kraft unserer Freunde im Ausland.

Bei jedem Kriegsausbruch der neueren Zeit haben es die Regierungen für notwendig befunden, ihre Völker und die Welt über die dem Krieg vorhergehenden Verhandlungen und Forderungen zu informieren, in Weiß, Gelb, Blau usw.

Kartenverkauf bei H. Kies, Seestraße 21. Mitglieder erhalten Ermäßigung.

Mitteilungen der Konzertdirektion Kies, Donnerstag (7/3) im großen Saal der Kaufmannschaft überabend von Erich Reichelt. Am Reichelt: Der Sänger, Veranstalter: Schöpfer des Künstlerfortschritts, Mitglieder erhalten Ermäßigung. — Montag (7/4) im Palmengarten. Einziger Künstlerabend von Vera Schapira. — Dienstag den 18. März (7/4) im Künstlerhaus 2. Künstlerabend von George Anthel, Pianist-Futurist. — Donnerstag den 15. März (7/4) im Künstlerhaus Leny Reich-Buchheim. Einziges Violinkonzert. — Die Villettskaffe von H. Kies ist geöffnet vormittags von 9 bis 1 Uhr und nachmittags von 3/4 bis 6/4 Uhr.

Volkschule. Es wird darauf hingewiesen, daß die Volkshochschule Thüringen zu Ostern in Altenburg (S. M.) Osterfestspiele veranstaltet, an denen auch Mitglieder schillerender Volkshochschulen teilnehmen können. Es ist folgendes Programm entworfen: Freitag, 30. März: Ein Deutsches Requiem von J. Brahms; Sonnabend, 31. März: Die Weber von Gerhart Hauptmann; Sonntag, 1. April: Die Meisterfinger von Nürnberg von F. Wagner. Den Schluß wird eine gemeinsame Feier bilden. Für einfache und billige Verpflegung und Quartiere wird gesorgt. Für die Aufstellungen wird ein Preis erhoben, der etwa zwei Hocharbeiter-Stundenlöhne entsprechen soll. Alle Anmeldungen auf Sachien werden mit einer Voranzahlung von 500 M. bis zum 14. März bei der Landesstelle für freie Volkshochschulwesen in Dresden, Kultusministerium, erbeten. Nähere Auskunft in der Geschäftsstelle der Volkshochschule, Georgplatz 5, 1.

Kleine Mitteilungen. Jfai Dobrowen, der Dirigent der Großen Oper in Moskau, den Dresdnern bekannt durch seine Einstudierung des Boris Godunow in der Staatsoper, hat auf Grund der alten Lieber des Wolgabiets die Musik zu dem Tschoi-Film „Wolfsjäger“ geschrieben, der in dieser Woche in Berlin zur Aufführung kommt.

Die Heidekulten von Wleisski Riwi, ein Stück, das seit Jahrzehnten als Nationalkomödie Finnlands gilt, erlebte am 2. März ihre deutsche Erstaufführung im Stadttheater zu Lübeck unter Spielleitung des Direktors von Bongardt. Der eigenartige, von Tragik durchwobene Humor und die geradezu skatzenartige Charakterzeichnung würden stark und nachhaltig auf das Publikum. Die Hauptrolle, den idyllischen arden, freiwillig komischen und doch wieder demütigendwerten jungen Schuster Gsta, gab Herr Paavo Ruuska aus Helsingfors in deutscher Sprache, aber mit unverfälschter finnischer Eigenart. Sein Spiel und die Gesamtdarstellung fanden den größten Beifall des vollbesetzten Hauses.

Dresdner Kalender

Theater am 7. März. Opernhaus: Boris Godunow (6/3). Schauspielhaus: Wilhelm Tell (6/3). — Reußänders Schauspielhaus: Der Gant (7). — Residenz-Theater: Das Dreimäderlhaus (7/4).

Opernhaus. In der Aufführung des Boris Godunow am Mittwoch (6/3) sind neu besetzt folgende Rollen: Lenia (Roinik), Schtschikow (Garcia), Demetrius (Wibhagen), Marina (Kruschnig), Rangoni (Schmalnauer), russische Leitung und Spielleitung: Jfai Dobrowen.

Schauspielhaus. Am Mittwoch (6/3) spielt in Schillers Wilhelm Tell Bruno Deszali die Titelrolle.

Das heutige Volks-Sinfonie-Konzert im Gnomenhause (7/4) unter Leitung von Jön Leifs bringt: Beethoven, Cuvertüre Coriolan, Schubert, Unvollendete Sinfonie H. Woll, Tschaikowsky, Sinfonie Nr. 5 E-Moll. — Das 4. Große Philharmonische Konzert findet Dienstag den 6. März (7/4) im Gewerbehaus statt. Dirigent Lindner. Solist: Dr. Ludwig Willner. Karten bei H. Kies, Seestraße 21.

Konzertverein zu Dresden. Nächsten Freitag (7/4) im Gewerbehaus außerordentlich Aufführungabend unter Leitung von Generalmusikdirektor Fritz Busch. Aufzuführende sind: Klavier: Fritz Busch und Walter Bachmann, Gesang: Greta Weitzel-Rühlig, das Kammerorchester der Staatskapelle. Aus dem Programm: Suite H. Woll für Klavier und Streichorchester, Bach-Konzert C-Moll für zwei Klaviers, Mozarts Divertimento D-Dur (K. V. 181), Ariens von Bach, Glück und Händel. Öffentlich

Büchern. Polnars hat bereits ein Selbstbuch über die den Ruhrkonflikt einleitenden Verhandlungen herausgegeben. Die Reichsregierung aber schweigt Sie hat das Angebot noch nicht herabgesetzt, das sie den Verbündeten vor dem französischen Einbruch machte.

Dies Schweigen macht den übelsten Eindruck, erweckt den Schein, als sei es der Regierung nicht ernst damit gewesen, oder als sei sie sich selbst dessen bewußt, daß ihr Plan nichts taue, oder aber endlich, als fürchte sie, damit zu weit gegangen zu sein, als habe sie auf die Erfüllungspolitik verzichtet.

Die zweite propagandistische Tat, deren wir bedürfen, ist eine energische Finanzreform, eine ausreichende Restrukturierung des Budgets, namentlich der Ausgaben, die aus der allgemeinen Unsicherheit und aus dem allgemeinen Mangel durch Spekulationen und Monopolgewinne große Reichtümer gezogen haben und noch ziehen. Auf diesem Gebiete haben die Regierungen und der Reichstag, dank seiner bürgerlichen Mehrheit, bisher völlig versagt und dadurch im Ausland den Eindruck erweckt, als wäre Deutschland sehr wohl imstande, ungemessene Reparationen zu bezahlen, wenn es sich nur dazu verstehen wollte, die seit den Profite der Säuberung, der Agrarier, der Industriemagnaten energisch zu beschneiden. Es erweist der Ansicht, als führten die Gegner Deutschlands Krieg bloß gegen seine Ausbeuter, nicht gegen sein arbeitendes Volk. Das ist nicht dazu angetan, die arbeitenden Massen des Auslandes, namentlich nicht die Franzosen, Belgier, Italiener für die deutsche Sache zu begeistern.

Eine energische Besteuerung der Reichen ist dringend notwendig, schon im Interesse der Gesundung der deutschen Wirtschaft und der Finanzen des Reiches, des Staates, der Gemeinden. Sie ist eine der unerlässlichsten unter den Maßregeln, deren wir bedürfen, um zur Aufhebung der Inflation und zur Stabilisierung der Währung zu kommen. Sie ist aber heute auch dringend notwendig zur Stärkung der Position unserer Freunde im Ausland, deren Intervention im Ruhrgebiet wir so sehr brauchen.

Es ist nicht alles getan, um den bestehenden Klassen des Reiches so viel auszubilden, als sie ohne Schädigung der Wirtschaft tragen können, erst dann werden wir imstande sein, den arbeitenden Massen des Auslandes auf einwandfrei nachzuweisen, welches die wertvolle Leistungsfähigkeit Deutschlands ist. Und wenn diese Fähigkeit auch dann noch, woran nicht zu zweifeln, nicht ausreicht, die Forderungen der Herren Polnars u. A. zu befriedigen, dann werden die Proletariat aller Länder, auch die heute noch den nationalitätlichen Informationen treuegelassen, wissen, daß die Reparationslast nichts bedeutet, als die Verflüchtigung der deutschen Arbeiterschaft, eine Verflüchtigung, die dort den internationalen Zusammenhängen zur Zerstückelung der Arbeiterklasse in allen Ländern kapitalistischer Produktion führen muß.

Dann wird es leichter sein, die Sache der Intervention in England und Amerika durchzusetzen und die Opposition gegen das Ruhrverbrechen in Frankreich und Belgien unwirksam zu machen.

Offenheit und Klarheit in der Erfüllungspolitik, rücksichtsloses Vorgehen gegen die kurzfristige Habgier jener besessenen Elemente, deren flammender Patriotismus die größten Opfer der andern verlangt. Indes sie selbst aus jeder Not des Vaterlandes nur neuen Gewinn zu pressen suchen — und dabei noch stets Bereitschaft zu Verhandlungen, sobald solche ohne Demütigung möglich sind, das ist das, was von unserer Seite aus dringend notwendig ist, unser Land zu retten.

Nicht ohne ein Bündnis mit Sowjetrußland. Und ebensowenig passives Warten auf einen plötzlichen Glücksfall, der uns aus dem Elend herausholt.

Unter der Herrschaft der Faschisten

Mailand, 3. März. Der Chefredakteur des 'Quanti, Serrati, ist als für die Herrschaft der Faschisten 'gefährlich' bezeichnet worden. Wegen der Verhaftung hat das Blatt gestern in einem Artikel Protest eingelegt und die faschistische Regierung heftig angegriffen. Diese hat daraufhin unzweifelhaft das gesamte Personal der Redaktion, insgesamt zwölf Personen, verhaften lassen.

Die italienische Sozialdemokratie nimmt den Kampf auf. Aus Rom wird gemeldet: Die sozialdemokratische Parteileitung hat sich am Freitag in Rom versammelt und protestiert energisch gegen die zahlreichen Verhaftungen von Bürgern, die sich nur des Anspruchs eines der vorhergehenden Meinungen widersprechenden Gehaltens schuldig gemacht hätten, sowie gegen die fortschreitende Entlassung von Parteimitgliedern aus dem Staatsdienst unter Verletzung der 'Finanzlogik'. Ferner merkt sie sich dagegen, daß die Regierung die bestehende Krise auf Kosten der Massen lösen wolle und andererseits dem Kapitalismus und der Spekulation beistehe. Die Partei billigt die Veröffentlichung des Grünbuchs, protestiert jedoch gegen die späte Öffnung der Kammer (16. Mai).

Die Kleinrentnerfürsorge

Amlich wird uns mitgeteilt:

Das soeben veröffentlichte Reichsgesetz über Kleinrentnerfürsorge verpflichtet die Gemeinden oder an ihrer Stelle Gemeindeverbände oder Länder zur Gewährung der Fürsorge. Fürsorgeempfänger sind bedürftige, alte oder erwerbsunfähige Personen, die infolge eigener oder fremder Verletzung ohne die eingetretene Geldentwertung oder sonstige Kriegsfolgen, nicht auf die öffentliche Fürsorge angewiesen wären, sofern sie

- a) durch Arbeit ihren Lebensunterhalt erworben haben, oder
b) eine Tätigkeit in häuslicher Gemeinschaft ausgeübt haben, die ohne Entgelt erfolgt, aber im Falle der Einstellung fremder Kräfte vergütet werden müßte, oder
c) eine wissenschaftliche, künstlerische oder gemeinnützige Tätigkeit ausgeübt haben, die ihre Arbeitskraft Jahre hindurch wesentlich in Anspruch genommen hat, oder
d) infolge geistiger oder körperlicher Gebrechen ihren Lebensunterhalt durch Arbeit nicht erwerben konnten.

Wer ohne eigenes Verschulden sich eine solche Versorgung nicht gesichert hat, kann gleich behandelt werden, wenn er sich durch jahrelange Arbeit eine wirtschaftliche Stellung erworben hätte, in der ihm dies ohne Geldentwertung oder ohne sonstige Kriegsfolgen möglich gewesen wäre. Art und Umfang der Fürsorge sollen sich der Fürsorge für Sozialrentner anschließen.

Pressestimmen zum Landesparteitag

Wir haben gestern ausgesprochen, daß unserer Meinung nach der Parteitag die notwendige Klärung nicht gebracht hat. Derselben Meinung ist die Leipziger Volkszeitung. Unser Leipziger Bruderblatt schreibt:

Der außerordentliche Landesparteitag der D. S. P. D., der über die Richtlinien zur Behebung der sächsischen Regierungskrise beraten sollte, ist vorüber. Die erhoffte Klärung und die endgültige Entscheidung hat er — das muß ausgesprochen werden — nicht gebracht. Seine Beschlüsse bedeuten eine Verlängerung der Krise und eine hinauschiebung der Entscheidung. Das mag als Mangel empfunden werden, aber es wäre verfehlt, diese Tatsache zu verschleiern. Völlige Klarheit, auszusprechen, was ist, ist unbedingt notwendig, wenn die Partei nicht eines Tages unangenehm überrascht werden soll.

Nachdem die Leipziger Volkszeitung darauf hingewiesen hat, daß ein Antrag, der verlangt, daß die Partei in die Gewerkschaften herangehe und sie um Einberufung eines Betriebsrätekongresses ersuche, abgelehnt wurde, fährt sie fort:

Mit diesem letzten Beschluß wird die angenommene Resolution zu einem Teil wieder aufgehoben. Denn damit fällt die von den Kommunisten als unerlässlich bezeichnete Einberufung des Betriebsrätekongresses, den die Partei ohne die Zustimmung der Gewerkschaften nicht befragen kann, wenn nicht die Einheit der Arbeiterbewegung aufs schwerste erschüttert werden soll. Es bleibt also als einziges Resultat der Wille und die gute Absicht, unter allen Umständen zu einer Verständigung mit den Kommunisten zu kommen. Das steht aber voraus, daß dieser gute Wille auch bei den andern vorhanden ist, und daß die Kommunisten endlich die Interessen des gesamten Proletariats höher stellen als das Agitationsbedürfnis ihrer Partei.

Die Chemnitzer Volksstimme beschränkt sich auf ein Stimmungsbild, ohne sich im einzelnen mit den Beschlüssen des Parteitages auseinanderzusetzen. Es heißt in dem Blatt:

Es konnte nach den Debatten auch vor der Abstimmung kaum ein Zweifel mehr bestehen, daß die Entschließung des Landesparteitagsausschusses keine Aussicht auf Annahme hatte. Wohl niemals ist mit größerer Deutlichkeit der Kommunistischen Partei bewiesen worden, daß die Sozialdemokratie das Wort 'Proletariat, vereinigt auch' als das Hauptwort der proletarischen und sozialistischen Politik erkennt und danach handelt. Kommunisches Ausweichen vor der Verantwortung gegen das Proletariat erscheint nun kaum mehr möglich.

Alle Versammelten hatten wohl den Eindruck, daß auf diesem außerordentlichen Landesparteitag außerordentliche Zukunftsaufgaben gelöst werden ist.

Das Sächsische Volksblatt und die Volkszeitung Leipzig sind mit dem Ausgang des Parteitages zufrieden. Das Sächsische Volksblatt sagt:

Da der Gewerkschaftsausschuh schon im voraus aus gewerkschaftlichen Gründen die Einberufung des Landesbetriebsrätekongresses abgelehnt hat und seine Vertreter beauftragt haben, daß sie von diesem Beschluß nicht abgehen können, war die Abstimmung vielleicht überflüssig. Da jedoch die Richtlinien der Kommunisten klar davon sprechen, daß bei einer Weigerung der Gewerkschaften, den Kongreß einzuberufen, eine neue politische Situation geschaffen sei, die erneute Verhandlungen bedingt, sind dadurch die Verhandlungen keineswegs gehemmt, und in der Resolution selbst ist tatsächlich alles Notwendige über diese Frage gesagt.

Wir begrüßen freudig das klärende Ergebnis der Landes-

versammlung, wir hoffen, daß der Ruf der Sozialdemokratie nicht ungehört verhallt, daß Sochden nach diesem Landesparteitag nach wie vor eine sozialistische Regierung behält.

Der Volkszeitung, Leipzig, entnehmen wir folgendes:

Die gesamtpolitische Lage hat zweifellos auf den Parteitag bestimmend eingewirkt. Die Alternative: KonzeSSIONen nach der Seite der Deutschen Volkspartei oder nach der Seite der Kommunisten gab den Ausschlag. Die Deutsche Volkspartei mit ihrem demokratischen Anhang ist durch die politischen Geschicknisse im Reich als Schlichter der Reaktion enthielt. Auf der andern Seite lassen die Kommunisten zweifellos noch viel zu wünschen übrig, wenn es sich um die Vertretung proletarischer Interessen handelt. Aber sie sind unsere Nächstgenossen. In Sochden, dem Lande mit einer proletarischen Parlamentsmehrheit, wäre es widerständig, dem Bürgerium Recht zuzugestehen, wenn Möglichkeiten der Verständigung mit der proletarischen Bruderpartei gegeben sind. Allem voran muß in der Zeit gesteigerter Gefahren für das Proletariat der Kampf stehen, verlos alle proletarischen Kräfte zur Abwehr der konträren revolutionären Bestrebungen und zur Erreichung sozialistischer Ziele zusammenzufassen.

Diese Ausführungen gehen von der Voraussetzung aus, daß die Einigung mit den Kommunisten wirklich zustande kommt. Wir können dabei nur nochmals betonen, daß das auch unser Wunsch ist.

Von den kommunistischen Blättern hat sich bisher nur die Sächsische Arbeiterzeitung geäußert, der aber offenbar nähere Nachrichten über den Verlauf des Parteitages noch nicht borgelegen haben. Das Blatt führt aus:

Der Wille der sozialdemokratischen Arbeiter hat gestern in Dresden über den Willen der koalitionsfreundlichen Führer geäußert. Wie gemeldet wird, hat der sozialdemokratische Landesparteitag mit großer Mehrheit einen Beschluß ergen die Bildung einer bürgerlichen Koalitionsregierung in Sachsen angenommen. Nähere Nachrichten liegen noch nicht vor. Jedoch ein festes: kein Zusammengehen mit den Bürgerlichen, sondern Zusammenarbeit mit den Kommunisten.

Der Beschluß des sozialdemokratischen Landesparteitages ist aber nur dann von außerordentlicher Tragweite für die gesamte deutsche Arbeiterbewegung, wenn er sich nicht begnügt mit der Ablehnung der Koalition, sondern wenn er positiv die Einberufung eines Betriebsrätekongresses für Sochden enthält. Denn nur so kann das Zusammenarbeiten mit den Kommunisten praktische Bedeutung erhalten.

Der Hauptwiderstand gegen den Betriebsrätekongreß liegt jetzt beim A. D. G. D. Die Leipziger Volkszeitung hat am Sonntagabend noch einen letzten Vorstoß unternommen, indem sie unerbittlich zum Ausdruck bringt, daß die rechten Führer den Betriebsrätekongreß nicht wollen. Sie schieben die Verantwortung auf den A. D. G. D. ab. Das muß unter allen Umständen verhindert werden. Der sächsische Landesaußschuh des A. D. G. D. nicht vollständig unter sozialdemokratischem Einfluß. Es ist ein nichtwiderliches Doppelspiel, wenn die Sozialdemokratie auf der einen Seite für den Landesbetriebsrätekongreß eintritt und die andere Hälfte dieser Partei den Betriebsrätekongreß mit allen Mitteln bekämpft und sabotiert.

Die Ausführungen der Sächsischen Arbeiterzeitung zeigen, welche Schwierigkeiten einer Verständigung noch entgegenstehen. Die Kommunisten wollen offenbar unter keinen Umständen auf den Betriebsrätekongreß verzichten, dessen Zustandekommen nach der Absage der Gewerkschaften kaum möglich sein dürfte.

Amerika und Haager Schiedsgericht

Washington, 5. März. Die Kommission für Auswärtige Angelegenheiten hat sich gegen eine Teilnahme Amerikas am Internationalen Schiedsgericht in Haag für die kommende Session ausgesprochen.

Sächsischer Landtag

29. Sitzung. Dienstag, 6. März 1923, vormittags 11 Uhr.

Auf eine kurze Anfrage Siegert (Dnal. Sp.) wurde von einem Regierungsvertreter geantwortet, daß der sächsische Regierung keinerlei amtliche Mitteilungen zugegangen sind, nach denen die französische Regierung als Förder wertvolle deutsche Kunstwerke, darunter auch die Siginijische Madonna und andre Bilder aus der Dresdner Gemäldergalerie, verlangt. Die Regierung wird aber dieser Frage ihre dauernde Aufmerksamkeit zuwenden und, falls wider alles Erwarten solche oder ähnliche, den sächsischen Kunstbesitz verlassende Ansprüche laut werden sollten, diesen entschieden entgegenzutreten. Die in der deutschen Presse geäußerten Befürchtungen vor einem derartigen Eingriff sind vermutlich zurückzuführen auf Notizen in französischen Zeitungen. Eine Stellungnahme der französischen Regierung ist nicht bekannt geworden.

Eine kurze Anfrage Dreßler (Soz.) betraf den Wegfall des Schnell- und Gültzugsverkehrs von Chemnitz und dem Erzgebirge nach Berlin und Leipzig infolge der von der Reichseisenbahn vorgenommenen Zugentlastung. Wirtschaftsminister Hellisch brachte ein Schreiben der Eisenbahndirektion Dresden zur Verlesung, woraus hervorgeht, daß ein Teil der ausgefallenen Züge ab 6. bzw. 8. März wieder verkehren wird. Im übrigen müße eine vorübergehende Verschlechterung der Verbindungen unter den gegenwärtigen Verhältnissen in Kauf genommen werden. Der Minister fügte hinzu, daß damit den berechtigten Wünschen der Chemnitzer Gewerbetreibenden möglichst eingetragener Rechnung getragen worden ist. Die Regierung werde aber auch weiterhin bemüht sein, weitere Verbesserungen herbeizuführen.

Die Zuckerverforgung

In Verfolg eines Antrags Hiller (Dnal. Sp.) auf Abänderung des vom Wirtschaftsministerium aufgestellten Schlußes zur Verteilung von Zucker beantragte die Mehrheit des Haushaltsausschusses, den Antrag, die Verteilung von Zucker an die vier von der Regierung anerkannten Verteilungsinstitutionen, den Zuckertrichhandel, die G. E. G., Gräba, die Wirtschaftsstelle des sächsischen Kleinhandels, Chemnitz, die G. E. G., Joidau, so zu gestalten, daß der Verteilungsschlüssel einer gerechten, verhältnismäßigen Verteilung entspricht, abzuwehnen.

Dagegen empfiehlt die deutsche nationale Minderheit die Annahme des Antrages.

Abg. Günther (Dem.) tritt für den Rinderheuteantrag ein, den er für ein Vertrauensvotum für das Wirtschaftsministerium ansieht.

Abg. Schmidt (D. Sp.) erklärt, der Kleinhandel verlange keine Bevorzugung, wohl aber eine Gleichberechtigung in Sachen der Zuckererteilung.

Wirtschaftsminister Hellisch wundert sich, daß heute die Sache im Landtage abermals dreigelesen wird, denn der ganze Antrag komme post festum. Was der Antrag will, ist nämlich bereits erfüllt, was dem Abg. Schmidt nicht unbekannt ist. (Doch, hört links.) Der Verteilungsschlüssel ist bereits gerecht verteilt. Die Zuckererteilung hat sich in diesem Jahre ausgezeichnet bewährt. Von Verbrauchserweisen ist dem Ministerium noch keine einzige Beschwerde zugegangen. Wichtiger wäre es gewesen, sich heute über den neuen Zuckerpreis zu unterhalten. Das Reich habe den Preis verdoppelt, ein Umstand, der vielleicht eine ganz andere Linie in die Zuckererteilung hineinbringen wird. Sochden

hat gegen diese Zuckervermehrung ganz energisch protestiert, die in der Hauptsache wieder den Mühenbauern zugute kommt. Für das nächste Jahr ist auch die freie Zuckerwirtschaft angefündigt. Das Reich scheint endlich gegenüber dem Drängen der Interessenten weich geworden zu sein. Vielleicht ist dann die Landwirtschaft zufriedener, ob aber auch die Verbraucher, muß dahingestellt bleiben. (Die Verhandlungen dauern fort.)

Aus aller Welt

Das Urteil im Prozeß Küber-Morvillius

Berlin, 5. März. Nach dem heute nachmittags verkündeten Urteil im Prozeß Morvillius erhielt Frau Küber, unter Anrechnung von 14 Monaten Untersuchungshaft, 6 Jahre Gefängnis, Frau Hüls, unter Anrechnung der gleichen Untersuchungshaft, 2 1/2 Jahre Gefängnis, Frau Morvillius, unter Anrechnung von 6 Monaten, 1 1/2 Jahre Gefängnis, Frau Schertl, 6 Monate Gefängnis, unter Jubilierung des Straußschußes nach Zahlung von 10 Millionen Mark, der Chemann Küber, unter Anrechnung von 10 Monaten Untersuchungshaft, 1 1/2 Jahre Gefängnis, bei Haftentlassung, der Chemann Hüls, unter Abzug von 6 Monaten 2 Wochen Untersuchungshaft, 2 1/2 Jahre Gefängnis, der Angeklagte Schmidt, unter Abzug von 4 Monaten Untersuchungshaft und Strafmaß für weitere 6 Monate nach Zahlung von 1 200 000 M., 1 Jahr Gefängnis bei vorläufiger Haftentlassung. Die Angeklagten Morvillius, Schertl und Hüls wurden freigesprochen. Das Urteil wird fortgesetzt gemeinshaftlich Diebstahl unter Jubilierung mildernder Umstände gegen einfache Dieberei an.

Der Dollar 22 710,58

Berlin, 5. März. (Amtlich.)

Table with exchange rates for various currencies including Amsterdam, Buenos Aires, Norway, etc.

Polnische Reien 51,25.

ra. Berlin, 6. März. (Eig. Drahtm.) Bei ruhigem Geschäft blieben die Kurse am Devisenmarkt auch heute vormittags ganz unverändert. Dollarkurs behaupteten sich auf einer Basis von 22 750 zu 22 850. Auch in den übrigen Devisenkursen spielt sich das Geschäft völlig lustlos ab. Von Westfalen war London mit 108 800 bis 108 900 im Handel. An der Börse selbst schwächte sich der Dollar bis auf 22 600 ab.

Nach der gestrigen Klauen Effektenbörse blieb der Markt auch heute sehr ruhig. Von Publikumsseite sind nur ganz geringe Aufträge eingelaufen. Auch die Spekulation verhält sich zurückhaltend. In den Werten, die sich gestern besonders schwer behaupteten, mocht man Ankäufe zu einer Erholung.

Die Landestkonferenz

(Schluß)

Genosse Schöning, Bittau: Bei der Entscheidung über die Frage, ob Koalition nach rechts oder nach links oder ob wir mit den Kommunisten unter einem Hut kommen, dürfen wir uns nicht von Stimmungen leiten lassen. Wir müssen die Wahrheiten ganz objektiv prüfen und dürfen uns nicht scheuen, diesen Wahrheiten ins Gesicht zu sehen. Können wir eine Koalition nach links eingehen, wäre dem Willen der Wähler Rechnung getragen. Leider haben die Verhandlungen ergeben, daß eine Koalition nach links noch nicht möglich ist. Die Kommunisten scheuen sich, die Verantwortung mit zu übernehmen. Würden wir auf die Forderungen der Kommunisten eingehen, dann geben wir uns als Partei auf. Er glaube, daß der Landesarbeitsausschuß das Richtige getroffen habe. Eine Wandlung der K.P.D. ist nicht zu bestreiten. Sie macht jetzt ein Ablenkungsmanöver, um diese Wandlung vornehmen zu können. Da entsteht die Frage, ob wir den Kommunisten das Ablenkungsmanöver erleichtern sollen. Wenn die Kommunisten nicht gewillt sind, eine sozialdemokratische Regierung zu stützen, dann müssen wir den Rat aufbringen, zu sagen, daß wir gezwungen sind, mit den Demokraten unter Führung der Deutschen Volkspartei eine Koalition zu bilden.

Genosse Gänzel, Leipzig: Bringt zum Ausdruck, daß die sächsische Arbeiterschaft es ablehnt, mit den geschworenen Feinden der Arbeiterklasse zusammenzugehen. Bei einer Koalition mit den Demokraten seien diese lediglich der Deckmantel. Ein Unterfleckchen unter die Fittiche der Deutschen Volkspartei bedeute nichts anderes als die Zertrümmerung der K.P.D. Den Vertretern der Koalition wolle er den ehelichen Willen nicht absprechen. Wir können dann aber keineswegs unser Regierungsprogramm durchführen. Das Wesen des Betriebsrätegesetzes werde nur an die Wand gemalt. Hätten wir den Kommunisten dieses Phantom aus der Hand genommen, stände es besser um unsere Partei. Die kommunistische Agitation würde dadurch lahmgelegt.

Genosse Kiese vom Gewerkschaftsausschuß erklärt, daß ein Betriebsrätegesetz Verhältnisse schafft, die er gar nicht durchzuführen könne. Würde man ein solches Kongregat beschließen, die den Kommunisten nicht passen, dann kämen diese und erklärten, daß die gestrichelten Verträge ungültig sind. Die Gewerkschaften lehnen es jedenfalls ab, die Kosten des Kongregats zu tragen und sich daran zu beteiligen. Ein solches Betriebsrätegesetz, das Millionen kostete, liege nicht im Interesse der Arbeiter und der Gewerkschaften. Gegen den Genossen Geiser erklärte der Redner, daß sich der Kfz-Bund bisher glücklich behütet habe, seine Unterfertigung unter Verträge zur Unterstützung der Sozialdemokratie zu sehen, weil noch Tausende von Mitgliedern des Kfz-Bundes bürgerlichen Anschauungen huldigten. Deshalb wundere er sich über die Stellungnahme des Genossen Geiser.

Genosse Wipinski weist darauf hin, daß er den Standpunkt vertreten habe, mit den Kommunisten zu verhandeln, unter einem Hut zu kommen; es frage sich nur, ob das möglich sei. Die letzten Vorschläge der Kommunisten betrachte er durchaus nicht als eine geeignete Grundlage; er lese etwas ganz anderes heraus, als was der Genosse Graupe vorgelesen habe. Mit der Grundausfassung der Sozialdemokratie verträge sich der Grundgedanke nicht, die Mitbestimmung den Betriebsräten zu übertragen zu können nur als Partei die Entscheidung fällen. Er sehe darin nur ein Abwinken der Partei vor den Betriebsräten. Damit verläßt sie die Bahn der Partei und geben den Kommunisten das Sprungbrett, eine Oberleitung über die Partei einzusetzen. Man müßte alles versuchen, auf die Kommunisten einzuwirken, eine sozialdemokratische Minderheitsregierung zu unterstützen und zu bilden. Ferner muß aber noch bedacht werden, daß unsere Fraktion, wenn sie für Auflösung des Landtags eintritt, den Antrag der Deutschen Nationalen unterstützt.

Genosse Lieb, Jena, von der Thüringischen Landtagsfraktion, gibt ein kurzes Bild von den Verhältnissen im Thüringer Landtag, und schildert die Erfahrungen, die sie mit den Kommunisten in Thüringen gemacht haben. Gegenwärtig besteht eine sozialdemokratische Regierung mit Unterstützung der Kommunisten. Bei dem Abtritt des Reichstags haben die Kommunisten zwei sozialdemokratische Minister entlassen und die Kommunisten der Stimme. In Thüringen besitzen die Kommunisten zweifellos in den kommunistischen Reichsmitgliedern (Stadtredner) eine Erfahrungsaquelle, die nicht zu unterschätzen ist. Er schildert darauf weiter, daß zwischen der K.P.D. und der K.F.D. in neuester Zeit eine Verhandlungskommission gebildet worden ist, die fortlaufend die wichtigsten Fragen berate und deren Gesetzesvorlagen vorgelegt werden müssen. Oft sei es selbstverständlich auch in Thüringen schwer, mit den Kommunisten zu arbeiten, weil sie über das praktische gegebene Ziel hinausschießen. In Thüringen würde man es sehr begrüßen, wenn in Sachsen eine sozialdemokratische Regierung zustande käme, damit Thüringen dann nicht das einzige Land mit sozialdemokratischer Regierung bliebe. Die Thüringer Genossen seien bereit, bis an die Grenze des Menschlichen zu gehen, um die Kommunisten an uns zu fesseln. (Beifall.)

Genosse Schubert, Dresden, polemisiert gegen den Genossen Wittmann. In der Koalitionsfrage seien die Demokraten nur der Vorhang. Hinter dem Vorhang liege die Deutsche Volkspartei. Trotz der Koalition im Reich haben wir vieles nicht verhindern können. Bis heute habe sich die Arbeiterschaft an das sozialistische Sachsen und Thüringen geklammert. Deshalb würde

es einen schweren Schlag bedeuten, wenn Sachsen zu einer anderen Koalition käme. Dadurch würden auch in Thüringen Schwierigkeiten entstehen, wenn die Landesversammlung verantwortungsvoll genug wäre, zu einer Koalition mit den Demokraten zu kommen. Es müßte restlos alles erschöpft werden, um die Unterstützung der Kommunisten für ein rein sozialdemokratisches Kabinett zu erlangen. Mit den bürgerlichen Parteien dürfe keinerlei Gemeinschaft gepflogen werden.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wurde abgelehnt.

Genosse Busch betont, daß wir endlich eine Zeit gebrauchen, um ruhige Arbeit leisten zu können. Die Kommunisten bereiten uns bemüht und gewollt eine Schwierigkeit nach der anderen. Ueber einen Beschluß eines Betriebsrätegesetzes sei er sich gar nicht im Zweifel. Beschließt der Kongregat aber nicht im Sinne der Kommunisten, dann geht die Agitation in den Betrieben los. Dann haben sie das erreicht, was sie wollen, in die Arbeiterschaft einen Keil zu treiben. Wer bei jeder Veranstaltung sage, die Massen verlieren das Vertrauen zur Partei, der öffne denjenigen Mitgliedern die Türen, die nicht gern Parteigänger sind. Er erinnere an die finanziellen Schwierigkeiten, in die die Gemeinden durch Neuwahlen gelangten, und kommt zu dem Schluß, daß es nur zwei Wege gebe: Entweder Regierung mit den Kommunisten oder unter ihrer Führung, auf der anderen Seite Regierung mit den Demokraten. In jedem dieser Fälle müsse ein stiller Teilnehmer in das Geschäft eintreten. Im Interesse der Partei bittet er, der Entscheidung des Landesarbeitsausschusses zuzustimmen.

Genosse Schäfer, Leipzig, ist der Ansicht, daß der kommunistischen Partei die Parole aus der Hand genommen werden müsse. Er verurteilt die Haltung des Gewerkschaftsausschusses von Sachsen in bezug auf die in letzter Zeit durchgeführten Sammlungen. Die Einstellung der Parteileitung in Berlin und in Sachsen berate eine Furcht vor den Betriebsräten, daß sie der Partei Konkurrenz machen könnten. Der politische Kampf, der in den Gewerkschaften immer geführt worden sei, könne sich wesentlich gar nicht mehr anders gestalten.

Genosse Tempel, Freiberg, erinnert daran, daß derselbe Vorgang, wie er sich heute zwischen K.P.D. und K.F.D. abspiele, vor zwei Jahren zwischen der alten K.P.D. und der U.S.P. abgehandelt habe. Die gleichen Argumente, die man heute gegen die K.P.D. vordringe, seien damals gegen die U.S.P. vorgebracht worden. Kongregationen müssen wir machen nach rechts und nach links. Werde die Frage so gestellt, dann mache er lieber Kongregationen nach links. Das Experiment mit dem Betriebsrätegesetz muß gemacht werden.

Genosse Franz, Chemnitz, hat als Mitglied der Verhandlungskommission mit den Kommunisten einen anderen persönlichen Eindruck erlangt als der Genosse Graupe. Daß die Verhandlungsmöglichkeit nicht ausgeschaut worden sei, treffe nicht zu. Die Kommission ist von der Vorüberlegung ausgegangen, der Agitation der Kommunisten den Boden zu entziehen. Er warnt vor einer zu leichtfertigen Einschätzung im Falle einer Neuwahl. Viele Arbeiter würden nicht zur Wahl gehen, da sie nicht wüßten, warum sie wählen sollten. Unter solchen Umständen sei ein Wahlsieg kaum zu erwarten.

Genosse Rißau, Dresden, sieht in dem Prinzip der Lebensgemeinschaft gegenüber den Kommunisten einen schweren taktischen Fehler. Dadurch sei die Entfremdung immer größer geworden. Gewiß haben die Führer der Kommunisten ein groß Teil Schuld daran. Es sei aber nicht hinzuzulegen, daß die Verantwortlichkeit unter den Massen viel größer als unter den Führern sei. Auch die Führer der Kommunisten seien parteipolitisch eingestellt. Die Politik der kommunistischen Partei in den letzten Wochen zeige, daß ein Teil ihrer Anhänger nicht alles mitmache. Die Lebensgemeinschaftstheorie, die heute noch bei den Kommunisten vertreten wird, habe früher auch zwischen der U.S.P. und der K.P.D. geherrscht. Die Praxis jedoch zeige, daß es sehr gut möglich war, auf dem Wege der Zusammenarbeitens fruchtbringende Arbeit für das Proletariat zu leisten. In den Massen der Arbeiter herrsche eine große Sehnsucht nach innerem Frieden innerhalb der Arbeiterklasse. Deshalb müssen wir uns mehr als Vertreter einer bestimmten Klasse und weniger als Vertreter einer Partei fühlen. Es wäre eine Selbstmordaktion, würden wir mit den bürgerlichen Parteien zusammengehen. (Beifall.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte vom Genossen Sander wird gegen vier Stimmen angenommen.

Genosse Wente, Dresden, verliest darauf die Hauptgedanken der Niederschrift des abgeleiteten Protokolls der Verhandlungskommission, das allen Verhandlungsteilnehmern vorgelegt wurde, um einige irrige Auffassungen zu beseitigen.

Nachdem noch einige Mängelstellungen von den Genossen Witz, Franz und Finsterbusch erfolgt waren, weist Genosse Eggerl die Ausführungen des Genossen Witz über den Landesarbeitsausschuß zurück. Den Mitgliedern des Landesarbeitsausschusses liege das Wohl der Partei genau so am Herzen wie allen anderen Genossen. Wenn einmal vom Landesarbeitsausschuß eine gegenteilige Meinung vertreten wird, wie sie in der Entscheidung zum Ausdruck kommt, die mit übertriebener Mehrheit beschlossen wurde, ja beweise das, daß eben der Landesarbeitsausschuß zu einer anderen Auffassung wie die Genossen im Lande gekommen ist. Das sollte den Genossen zu denken geben.

Durch einen Geschäftsordnungsantrag wurde namentliche Abstimmung über den Antrag des Landesarbeitsausschusses und den Antrag Graupe-Edel-Liebmann beschlossen. — Ueber die Form und Zeit der Abstimmung entspann sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte, an der sich eine große Zahl von Genossen beteiligte. Ueber das Ergebnis der Abstimmungen haben wir bereits gestern berichtet.

In die in der Entscheidung Graupe-Edel-Liebmann gebildete Kommission werden die Genossen Ernst Schultze, Dresden, Graupe, Zwickau, Liebmann, Leipzig, Seydewitz, Zwickau, Edel, Geiser und Kraz, Dresden, gewählt. — Von den Verhandlungen des Ausschusses mit den Kommunisten ist auf Antrag des Genossen Müller, Chemnitz, ein Stenogramm aufzunehmen. Dieser Antrag wird angenommen.

Genosse Eggerl schließt die Landesversammlung mit dem Wunsch, daß die Verhandlungen der eingeleiteten Kommission in den nächsten Tagen zu einer Lösung führen mögen. ar.

Sachsen

Die Regierungsgrundzüge der Demokraten

Die Demokratische Partei hat folgende Grundzüge für die Regierungsbildung aufgestellt:

1. Grundlage aller Regierungsmaßnahmen ist die lokale und vorbehaltlose Anerkennung der Landes- und Reichsverfassung. In Zweifelsfällen ist zurückzugehen auf die protokollarisch oder sonst offiziell festgelegten Vereinbarungen zwischen S.P.D. und D.D.P. in der verfassungsgebenden Nationalversammlung in Weimar.

2. Die Regierung überläßt die Austragung sozialer und wirtschaftlicher Kämpfe den politischen Parteien. Sie stellt sich über die Parteien und erstrebt, der Verfassung gemäß dem inneren Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern. (Präambel der Reichsverfassung.)

3. Die Regierung lehnt die kommunistischen Forderungen, die auf Einrichtung von Sowjets hinzielen, insbesondere das Exekutivorgan der Betriebsräte und die Bewaffung der Arbeiterschaft, ab.

4. Die Regierung schützt die demokratische republikanische Staatsform mit allen ihr zur Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln gegen Angriffe, von welcher Seite sie auch kommen mögen.

5. Die beste Stütze für den Staat sieht die Regierung in der Verfassungstreue der staatlichen Beamten; für deren Berufung ist die berufliche und sachliche Eignung ausschlaggebend.

6. Für die Gemeindeförderung bildet der neue Gesetzentwurf eine brauchbare Grundlage. Als unerlässliche Änderung fordert die D.D.P., daß durch Ortsoeffen bestimmt werden kann, daß der Rat beschließende Körperschaft sei, und daß die Rechte der besoldeten Ratsmitglieder besser gewahrt werden.

7. In wirtschaftspolitischer Hinsicht hält die D.D.P. an ihren Grundanschauungen fest. Die Bewirtschaftung der Staatsbetriebe und der Staatsgüter hat unter dem Gesichtspunkt der möglichststen Erzeugung einer hochwertigen Gütererzeugung mit besonderer Berücksichtigung der sozialen Einrichtungen für die staatlichen Angestellten und Arbeiter zu erfolgen. Die staatlichen Unternehmen sollen in wirtschaftlicher wie in sozialer Beziehung zu Musterbetrieben gestaltet werden.

8. Das sächsische Wirtschaftsleben, Industrie, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft ist mit allen Mitteln zu fördern. Die zur Erhaltung der Erzeugung gezielten Maßnahmen sind nötigenfalls durch Einwirkung auf die Reichsregierung herbeizuführen. Gegen willkürliche und ungesetzliche Eingriffe in den wirtschaftlichen Erzeugungs- und Verteilungsprozess durch Unberufene ist ungehindert staatliche Hilfe zu gewähren. Machebend sind auch für die sächsische Wirtschaftspolitik die Bestimmungen der Reichsverfassung in Art. 151 bis 165.

9. Die landwirtschaftliche Berufsbetretung ist durch stärkere Heranziehung des häuerlichen Klein- und Mittelbesitzes zu ordnen, die Durchführung des Reichsfluchtsteuergesetzes fräftig zu fördern, die landwirtschaftliche Produktion zu heben.

10. Der Wohnungsnot ist mit allen verfügbaren Mitteln, insbesondere durch Förderung des Wohnungsbaues zu steuern.

11. Bucher ist mit den schärfsten Mitteln zu bekämpfen.

12. Die Trennung von Staat und Kirche ist auf Grund der Reichsverfassung nach Recht und Billigkeit zu erstreben.

Der Einsam

Erzählung von Ludwig Anzengruber

„Es geschieht nicht aus mäßiger Reue, daß ich dich zur Offenheit auffordere, meine Pflicht legt mir das nahe. Ich weiß, du bist eines schweren Bedrückens wegen in Haft gewesen, darum hat dich wohl deine Mutter verstoßen?“

„Aber sie war nit im Recht, wär' sie im Recht g'wesen, auf die Arnte hätt' ich mich vor ihr hingeworfen und ihr Verzeihen erbittet, aber sie ist nit im Recht g'wesen, und darum bin ich gegangen, wie sie mich wegweisen hat, und bin ihr nimmer kommen, nit in ihrer Todesstund'!“

„Du tuerst nicht eine so schwere Tat?“

„Nein!“

„Du sagst so kurzweg nein?“

„Weil ich nit kann.“

„Wie, eine so fürchterliche Verführung, die einem deiner Mitmenschen den Tod brachte, ihn vorzeitig aller irdischen Freude, ja vielleicht sogar der ewigen, beraubte, da sie ihn unworbereitet vor den Richterstuhl Gottes führte, die gilt dir nichts?“

„Verstehe mich recht, wenn man ein' in ein'm falschen Meinen aufwachen laßt, da kann wohl sein' Sand und sein Sinn beim Uebelstum sein, aber sein Verstand ist nit dabel; dar-... g' mir schwer auf der See' liegt, das is meiner Pflicht als G'wissen g'fallen, das hat sie unter die Erb' bracht. — doch nit von ihr, soll' in Fried' ruh'n! Meinist aber, daß ich's den Deuten selb' nahm', wann sie sich von mir fernhalten? Bewahr! — Ich selber möcht' la mit kein'm verkeh'n, wie ich einer bin. Ich und die Leut', wir taugen nit g'komm', und rechts wegen ghört ich gar nit da in d' Welt h'nein!“

„Doch! Vertrau dich meiner Führung an, ich will dich mit Gott, der Welt und deinen Mitmenschen wieder verführen.“

„Da machst dir ung'wachte Arbeit und unternimmst ein unmögliches Ding. Als der Einsam, wie ich bin, sind' ich mich noch am g'hellsten in der Welt s'recht und mit 'n Deuten ab und d' sich mit mir. Mein Recht, wie im Buch steht, is

mir word'n, auf ein Verzeihen, dös hab' ich g'sagt, heb' ich nit an, und mehr wie der Herrgott wirst du wohl auch nit imstand sein, selb' der fann G'sch'nes nit ung'liche'n machen, und dös wär' alleinig, was mer half.“

„Sei Aug, laß dich zur guten Stunde bedeuten! Als eine Bitte von mir leg' ich dir's ans Herz, mache wenigstens den Versuch, haufe nicht weiter in der Wildnis, wohne dich unter Menschen ein, lebe wie sie, lade da Trost und Erbauung, wo sie diese suchen und wo wirst dich beruhigen, führen und sie werden dich wieder wie ihresgleichen betrachten.“

„Sei doch nicht aufdringlich. Wenn ich schon selber sag', ich nahm mich niemals mehr dafür. Glaub' wohl, daß' gegen mich heucheln möchtest, dir's lieb soll ja auch der ganze Handel, nit mir g'lieb sein! Wie der Förster d' jung' Sund' abricht', jetzt wirt er', drauf streicht er ihnen's Fell, nur damit er, wenn G'ist kommen, a Ehr' aufhebt mit der Dreifar, so willst auch du, daß' ich fleißig in d' Kirch' renn' und bet', damit d' a Ehr' aufhebt vor der G'meind'; ich laß' mich aber nit dresier'n. Laß' mich verbleiben, wie ich bin, ich tu' ja kein'm ein Uebel!“

„Sagt man nicht, daß du Feuer an die Scheunen legst um die Bauern fürchten zu machen, so daß dir keiner Arbeit zu verweigern mag?“

„Sag'n tut mer's freilich, grinst der Einsam, „aber g'fähr' is's nie; doch reb' ich nit bagagen und laß' die Leut' auch bei ein'm Glauben, von dem ich mein' Nutzen zieh', just wie du, Pfarrer.“

„Bursche! — Ich seh' wohl, mit dir ist im Guten nichts zu richten, so sage ich dir denn kurz und bündig, ich werde dich nächsten Sonntag in der Kirche sehen.“

„Da müßt' gute Augen haben.“

„Du wirst dich Sonntags in der Kirche einfinden! In meiner Gemeinde soll sich keiner auf dich berufen, wie man wohlmeinenden Rat zurückweist und dahinter, ohne eine Pflicht gegen Gott noch Menschen anzuerkennen! Also entweber...“

„Spar dein Entweber! Ich komm' nit, da drauf kannst O'ft nehmen.“

„Du gehorchst nicht?“

„Wer bist denn du?“ schrie heftig der Einsam. „Was hast denn du mir's schaffen?“

Da sahte ihn der Pfarrer an der Brust. „Dumpe, soll keiner Herr über dich sein?“

„Weißt, Pfaff,“ leuchte der Bursche, „tu' dein Prangel da weg, es möcht' dich verdrücken, wenn ich dir eine draushau!“

Der Pfarrer fuhr zurück wie von einer Ratter gestochen. So standen sie sich gegenüber, der Mann bleich, der Bursche glutrot vor Zorn.

„Eiender,“ zählte der Pfarrer zwischen den Zähnen heroor, „dann schmüre dein Bündel, falls du eines zu schmüren hast, deines Fleisches ist nicht länger. Du sollst fort!“

„Sollst mich vielleicht herunter?“ höhnte der Einsam.

„An dir mich besudeln?! Die Sendarnen werden dich schon austreiben wissen.“

„Soll'n nur kommen, zeitweil' bin ich ja auch Züger, mein' Stügen hab' ich gleich's Sand.“

„Entfeglicher Mensch, du sinnst darauf...?“

„Sinn du nit! Zu sein, wie ich bin und wie ich mag, wenn ich niemand was in Weg leg', das ist mein Recht und da drum mehr' ich mich gegen jeden, den d' auf mich heyt'; denn du selber — wie es allmal, ob es eins ins Leben leg' oder drum bring't — du holt'st dich fern dabel, und a gute Nase hast schon, denn da müßt' doch der Teufel lachen, wenn sich a Pfaff mit ein'm Pfaffenbankerten rauff!“

„Was sagst du?“

„Mein Vater war grad so ein heiliger Mann wie du!“

„Barmherziger Gott!“ stammelte der Pfarrer, dann streckte er die Arnte abwehrend von sich und schrie: „Sintweg! Fort! Weit fort, mir aus den Augen!“

Nachdem lehrte der Einsam den Rücken und wandte sich schneelend wiederholt zurück, als er auf dem schmalen Fußsteige den Hügel hinabschritt.

Und die Sonne war über die Berge heraufgekommen und das Tal lag im freundlichen, hellen Morgenlichte.

(Fortsetzung folgt.)

Die Leipziger Messe

Der Leipziger Messebesuch erfuhr vom Sonntag zum Montag noch eine weitere wesentliche Steigerung. Die Besucherzahl wächst drartig an, daß die Höchstzahl der letzten Messe bereits Mitte der Woche überschritten werden dürfte.

Der Großhandelspreis-Index

Erneute Steigerung um 2,5 Prozent
Der Großhandelspreis-Index der J. u. S.-Stg. für die Woche vom 24. Februar bis 2. März zeigt ein erneutes Ansteigen von 6660,02 auf 6815,86 oder 2,5 Prozent.

Am Sonntag hat die Leipziger Messe begonnen. Sie wird für die weitere Entwicklung der Preise von erheblicher Bedeutung sein. Die L. R. M. melden, daß zum Teil lebhaft gekauft wurde.

Nach einer Berechnung des Statistischen Amtes der Stadt Dresden ist die Steuerungsabgabe der Stadt Dresden, d. h. die Summe der Ausgaben einer fünfköpfigen Familie für Ernährung, Heizung, Beleuchtung, Wohnung und Bekleidung, im Durchschnitt des Monats Februar (auf Grund von Erhebungen am 7. und 21. Februar) auf 277 122 M. gegen 121 076 M. im Monat Januar 1923, also um 127 v. H. gestiegen.

Die Farbe im Stadtbild
In den Räumen des Schächlischen Heimathaus fand kürzlich eine Besprechung maßgebender Dresdner Behörden, Künstler und der Malerinnung über die Anwendung der Farbe in den Straßen und Plätzen Dresdens statt.

Ein Glas Wasser
pm. Im Dresdner U. T. das nun 10 Jahre besteht und von Anfang an zu den führenden Lichtspielhäusern unserer Stadt gehörte, läuft gegenwärtig der Film Ein Glas Wasser.

Die Märzfeier der VVK
Die Märzfeier der VVK findet nächsten Montag den 12. März, abends 7 1/2 Uhr, im Vereinslokal, Jungendstraße, statt.

Denkt an das Glend der Arbeitsunfähigen!
Denkt an das Glend der Arbeitsunfähigen!
Notgemeinschaft.

traufstern sind 1128 im Besitze einer eigenen selbständigen Wohnung, während 708 bis jetzt keine eigene selbständige Wohnung haben.

Die Deutsche Rote Kreuz verbreitet folgende Aufforderung: Nehmt Vertriebene auf! Weil sie dem Vaterlande und seinen Weibern die Treue halten, werden an der Ruhr und am Rhein deutsche Männer und ihre Familien aus Heimat und Wohnung vertrieben.

„Männererlösa, leicht gefärbt“. Im Fischhandel wird neuerdings eine Ware in den Handel gebracht mit der Bezeichnung: „Männererlösa, leicht gefärbt“.

Die Berufsschule des Schulverbandes Altsau beschäftigt nächstes Jahr zu den schon bestehenden Lehrlingsabteilungen für Klassen eine Stoffarbeiterklasse und eine Graphiker-Klasse zu gründen.

Bezeugen gesucht. Personen, die einen Autounfall, der durch die Polizei den Zeitungen nicht gemeldet wurde, am Freitag gegen 7 1/2 Uhr beim alten Schlachthof, Leipziger Straße, beobachtet, werden gebeten, ihre Adresse bei Frau Emma Horn, Konradstraße 26, II., anzugeben.

Geizhalswahrer und Einbrecher. In Dresden wurde von der Kriminalpolizei ein Mann ermittelte und festgenommen, der aus einer Gefängniszelle in Freiheit ausgebrochen und nach Dresden geflüchtet war.

Caracasani. Für die Kinderdarstellung am Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, werden nur halbe Preise erhoben.

Vollstuhle. Nachmittags 7 1/2 Uhr, im Vereinslokal der Schule Zusammenkunft der Elternvereinigung für die freie Schule.

17. Vollstuhle, Nachmittags 7 1/2 Uhr, im Vereinslokal der Schule Zusammenkunft der Elternvereinigung für die freie Schule.

37. Vollstuhle. Verberstraße 34. Mittwoch den 7. März, abends 7 Uhr, findet in der Turnhalle der Schule eine wichtige Elternversammlung statt.

8. Volksschule. Morgen Mittwoch, abends 7 Uhr, Zusammenkunft der Freunde für die freie Schule in der Schule Moritzburger Platz.

Dienstag
Grunda
7 Uhr, im G
zabiers D r
Reichsb
die Mitglieder
Freitag den 1
Erwähner alle
Reichsb
Gleichen 2. U
7 1/2 Uhr, im
dieser Pflicht
7 1/2 Uhr, Freig
Befähig
Freiden der
johle d s r l r
11 Uhr, im alte
jue ordentlich
Freiden, Frei
für von 10
Breite von 10
Diebstah
werden aus d
gegriffene Woll
fingerringe, 1
haben. Wie
Zurückgeben
kannentliche W
Gewarna
Fieb. der P
keine Witwe
gehobte er sic
Nebentätigkeit
während sic a
weiter durch
müßte, den
einer Verlin
Zunahme der
wie folgt
weiter groß
Schmerzhaft
gewollte W
gewissen weic
teilungen über
Orrent
Folterpräparat
einem braunen
Spermastrahl
wurden, die
Kuchenstüb
kann in dem
bedingte W
während sic
Führer
nahme von 10
und Nummer 1
eine vierstie
der Eigentümer
Diebstah
an der Stuh
müßte, und g
roter Kadman
Kostümjude m
Dc.
Rechts d
Donnerstag de
einen Märchen
Begriff
im Bürgergart
vom Parquet.
Erleien
abends 7 1/2
11 Uhr, Freig
reiches Erleien
Erleien
lung im West
der Part, Sta
manglied und
Beginn der Ve
Koffeebau
Gruppe
Guten Quelle,
Iran des West
Reumahl der
die Ringleder
Biederf
nachmittags 3
Festw
maltungsstun
mittag und
abällig zu erl
Begriff
abends 7 1/2
11 Uhr, Freig
Zerungsmenge
Begriff
den 12. März
abend. Tages
Balf, Freitag
Die fe
sicht über die
bez wir folg
Die sch
unter sich von
fügter Verbänd
möglich, die im
von 47 036 lein
21 von Romg
1923 und 03 9
Die Arb
stimmen wü
ber Arbeitsloze
Angeheu
das Schwimben
am die Gener
Die W
572 auf 17
wären die 17
dafi fiel von 4
die Paß der m
18 Prozent
Mitglie
kahnern, von 33
von 1714 bis 1
Mitgliederrück
38 Prozent, da
Beleuchtungsar
arbeiter 26 Pro

Kleinhandel und Konsumenten

Brusa, Sebnitz, Reich, Freidenker, Donnerstag, abends 7 Uhr, im Gasthof Sebnitz Mitgliederversammlung...

Reichsverband der Kleinverbraucher. Bezirk Neustadt. Die Mitgliederversammlung findet nicht Freitag den 9. März...

Reichsverband der Kleinverbraucher und Arbeiterinteressen. Bezirk 2. Bezirkskonferenzversammlung Mittwoch den 7. März...

Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Die Ortsgruppe Dresden der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten...

Diebstahl im Jagdschloß Kutschfeld. In der Nacht zum 2. März wurden aus dem Jagdschloß Kutschfeld mittlere Eindrücke...

Gezinkt wird vor einem unbekanntem Betrugsfall und dieb. der Verunsicherung durch Anträge anbahnt. Zum Ziel eine kleine Witwe zum Opfer...

Artenlose Sachen. Bei der Effektenverwahrungsstelle des Polizeipräsidiums befinden sich ein gebrauchtes Herrenrad...

Fahrradführer wird mit Rücksicht auf die fortgesetzte Zunahme von Fahrraddiebstählen dringend empfohlen...

Diebstahl. Am 27. Februar wurden aus einem Autoschuppen an der Büchsenstraße aus einem dort eingestellten Auto 2 Damenmäntel...

Aus dem Parteileben

5. Unterbezirk

Der. Genossinnen und Genossen der Gruppen 2, 3 und 7 zur Kenntnis, daß der Bezirks Ausschuss der Vereinten Arbeiterjugend...

6. Unterbezirk

Bezirk Eßtiau, Frauen. Kaufstg. Sonntag, vorm. 10 Uhr im Bürgergarten gemeinsame Versammlung...

Streifen 2, 3 und 4. Frauengruppe. Morgen Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr, Frauenabend im Sozialen, Frauenheim...

Streifen 2. Freitag, abends 7 1/2 Uhr, Jahreshauptversammlung im Restaurant Reichsbürger Hof...

Kollektende. Freitag Jahresversammlung in der Talschänke. Gruppe Städtisch. Sonnabend, abends 7 1/2 Uhr...

Kinderkommission Costa, Brüchitz-Deutscher, Mittwoch, nachmittags 2 Uhr, Spielstg. in der Schulküche, Hebbelstraße...

Recherch-Mittwoch, Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr, Verwaltungssitzung beim Genossen Stedjan...

Bezirk Güteritz, Golshaus, Burgl. Kleinnaundorf. Freitag, abends 7 1/2 Uhr, in Palmanns Restaurant Mitgliederversammlung...

Bezirk Burgl. Güteritz, Kleinnaundorf, Golshaus. Montag den 12. März, abends 7 1/2 Uhr...

Die Schweizerischen Gewerkschaften

Die Gewerkschaftliche Rundschau brachte kürzlich eine Uebersicht über die Gewerkschaftsverbände der Schweiz 1921...

Die Schweizerischen Gewerkschaften haben im Krisenjahr hinter sich ein so ungeheures Licht, daß sogar der Bekand festgelegter Verbände teilweise in Frage gestellt war...

Die Arbeitslosigkeit war in allen Bezirken angestiegen. Am schlimmsten wüthete sie in den Exportindustrien...

Die Mitgliederzahl der Verbände ging im Berichtsjahr von 1921 auf 179.891, also um 44.18% zurück...

Mitgliederberechnungen ergaben sich nur bei den Eisenbauern, von 83.600 bis 89.056, den Gemeinde- und Staatsarbeitern, von 10.220 bis 10.565...

Einem Artikel, den der sächsische Wirtschaftsminister Genosse Heilisch...

Die Konsumenten und die Kleinbändler haben von jeher in einem stetigen, zuweilen sehr scharfe Formen annehmenden Kampfe miteinander gelebt...

Die Konsumenten und die Kleinbändler haben von jeher in einem stetigen, zuweilen sehr scharfe Formen annehmenden Kampfe miteinander gelebt...

Sieht man von den denjenigen Elementen des Kleinhandels ab, die unweilich dem Verbraucher gegenübertraten...

Auf den Kleinhandel, ohne Unterchied der äußeren Form, in der er auftritt, trifft heute so recht die Wahrheit des alten deutschen Sprichwortes zu...

Sieht man einmal vom Verbraucher selbst ab und betrachtet die Ware nur in ihrer Entstehung und Zirkulation...

In vielen Industriezweigen ist es heute üblich geworden, daß der Abnehmer die Ware im voraus oder nur mit einer ganz kurzen Haltefrist bezahlen muß...

Transport- und Lebensmittelarbeiter 21,5 Prozent, Jahntechniker 17 Prozent, Buchbinder 14,9 Prozent...

Die Einnahmen betragen 10.584.861 Frank (voriges Jahr 11.276.112 Frank), was einen Rückgang von 601.452 Frank darstellt...

Die Gesamteinnahmen betragen 7.306.688 Frank (voriges Jahr 8.100.690 Frank), die Mitgliederinnahmen betragen 684.351 Frank...

Von den gesamten Einnahmen sind 71,5 Prozent in Form von Unterhaltungen und durch Abgabe des Verbandssorgens wieder an die Mitglieder direkt zurückzuführen...

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Dresden

Vereinigte Dresdner Arbeiterjugend

Bezirk West. Dr. Depe spricht heute Abend in der 85. Volksschule, Bünaustraße 32, über:

Der Wille zur Gesundheit. Eltern und Freunde, ihr seid herzlich willkommen.

Gruppe Vogelp. Mittwoch den 7. März, abends 7 1/2 Uhr, im Jugendheim Vorbereitung der Osterfeier...

Bezirk Reichsd. Die am 2. März im Goldenen Saal, Kreuzau, geplante öffentliche Jugendversammlung...

Bezirk Oststadt. Donnerstag den 8. März, abends 7 Uhr, in der Aula der Oberschule, Marktstraße 18

Märchenvorleseabend von Hrl. Gertrud Busch...

Gruppe Kaderberg. Donnerstag den 8. März, abends 7 Uhr, im Jugendheim (Kaderberg Restaurant) Vortrag...

Genossenschaftswesen

Die Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine hielt am 10. Februar in Danzberg eine außerordentliche Generalversammlung...

Die Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine hielt am 10. Februar in Danzberg eine außerordentliche Generalversammlung...

zettel zu subieren, war das alles weniger von Befang. In jenen glücklichen Zeiten mußte auch der Warenproduzent oder der Großhändler seine Reiserden und Vertreter aussenden...

Aus diesem Grunde konnte man früher nur von einem Gegenfah zwischen Verbraucher und Kleinbändler sprechen...

Der Kleinbändler kann unter heutigen Verhältnissen kein Interesse daran haben, die Preise bauernd und maßlos zu steigern...

Das gemeinsame Interesse der Konsumenten und des Kleinhandels besteht demnach darin, Warenpreis und Kaufkraft wieder in das richtige Verhältnis zu bringen...

fehlen aber gegenwärtig die Mittel. Für die Herstellung und Erweiterung der Rumanlagen seien bis zum 31. März 508 Millionen Mark auszuweisen worden...

Sport • Spiel • Körperpflege

Arbeiter-Turn- und Sportbund, 11. März, vormittags 9 Uhr, im Stadthaus Freital-Deuben Vereinsvertreterziehung...

Arbeiter-Sportklub Dresden-West, 10. März Versammlung im Bahnhofslokal in Etschsd. 7 1/2 Uhr...

Arbeiter-Schützenbund, Ortsgruppe Dresden, 10. März, 7 1/2 Uhr, bei Trompler Sitzung der Gruppenfunktionäre...

Arbeiter-Camaraderie! Der Kursus beginnt am 11. April, nicht am 11. März...

Verein für völkischen Wasserpost, Vorkursabteilung, 9. März, 7 Uhr...

Briefkasten

D. R. Freidenkerstr. Wir haben Ihr Schreiben zur weiteren Erledigung vorerst an unsere Stadtschreiberkassation weitergegeben...

Wettervorhersage für den 7. März. Mitgeteilt von der Sächsischen Landeswetterwarte

Wettervorhersage für den 7. März. Mitgeteilt von der Sächsischen Landeswetterwarte. Weiß kühles Wetter mit zeitweisen Niederschlägen...

Wetterlage: Die erwartete Einwirkung der nordwestlichen Depressión hat sich dadurch verändert, daß über Polen ein Hochdruckgebiet aufgetreten ist...

Wassersände der Woldau, Jser, Eger und Elbe. Bericht 4. 5.

Table with 4 columns: Location (Woldau, Jser, Eger, Elbe), Direction, and Amount (e.g., +10, +20, +122, +119).

